



NEWSLETTER



AUSGABE 24
November 2007

KAS AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN
NEWSLETTER AUS SKOPJE

Mazedonien im Oktober 2007

TOPTHEMA: DER EU FORTSCHRITTSBERICHT – GUTE UND SCHLECHTE NOTEN

Inhalt

▪ Seite 1

*Der EU Fortschrittsbericht
– gute und schlechte Noten*

▪ Seite 3

Polizeiaktion „Bergsturm“

▪ Seite 4

*Keine Lösung im Namens-
streit*

Am 6. November veröffentlichte die EU Kommission ihren neuesten Fortschrittsbericht¹ zu Mazedonien. Wie schon erwartet, fiel der Bericht durchwachsen aus. Der Bericht spricht keine Empfehlung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Jahr 2008 aus. Obwohl dies immer wieder angedeutet wurde, hoffte die mazedonische Regierung bis zum Schluss; auch, weil Slowenien große Erwartungen weckte. In Kurzform lautet das Ergebnis: gute Noten für den Kampf gegen die Korruption und die wirtschaftliche Entwicklung, schlechte Noten für den mangelnden politischen Dialog zwischen Regierung und Opposition.

Wer das 18-Monatsprogramm der drei EU Präsidentschaften Deutschlands, Portugals und Sloweniens aufmerksam gelesen hat, hätte es wissen müssen. In dem 67 seitigem Werk wurde Mazedonien nur mit einem Satz erwähnt und der enthielt gleich drei Konditionale. Die erhoffte Zusage eines Datums durch die deutsche Ratspräsidentschaft blieb aus, von den Portugiesen erhoffte man sich dann auch nicht so viel, aber von Slowenien. Der slowenische Premierminister hatte noch vor einem Jahr ein Datum förmlich versprochen, als könnte die einstige jugoslawische Bruderrepublik dem jungen EU Aspiranten unter die Arme grei-

fen. Es war schon fast sträflich wie sich Politiker aller Parteien von dieser Verlockung leiten ließen und sich auf die kommende slowenische Ratspräsidentschaft konzentrierten. Seit gestern hat diese Hoffnung einen entscheidenden Dämpfer erhalten, der EU Fortschrittsbericht enthält keine Empfehlung für die Aufnahme eines Datums, noch gibt es Anzeichen, wann es eines geben soll. Spätestens jetzt muss die mazedonische Regierung erkennen, dass die EU anders tickt als der Balkan. Die Entscheidungseinigkeit aller 27 Staaten wurde immer verdrängt, wenn ein Freund ihnen Unterstützung versprach. Dabei ist der Bericht nicht einmal so schlecht ausgefallen. EU Erweiterungskommissar Olli Rehn sagte am Dienstag in Brüssel: *„Ich unterstütze den Fortschritt im Kampf gegen die Korruption ... die politischen Spannungen verlangsamen jedoch die Reformen...“*. Im Bezug auf den Namensstreit mit Griechenland kam jedoch nichts Neues. Rehn ermahnte erneut die beiden Kontrahenten, den lange andauernden Konflikt zu lösen und zwar so bald als möglich. Es sei, laut Rehn, ein bilaterales Thema und er ermuntere beide Seiten das Problem zu lösen, auch mit Hilfe der Vereinten Nationen. *„Ich hoffe, das Problem wird bald gelöst, denn es behindert den Erweiterungsprozess.“*

Der politische Dialog als Hindernis

Am Dienstag erläuterte der Leiter der EU Delegation, Erwan Fouéré, den Bericht, der von seinen Mitarbeitern vor Ort erstellt und von ihm herausgegeben wurde. Er rief die

1

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/fyrom_progress_reports_en.pdf

NEWSLETTER**AUSLANDSBÜRO****MAZEDONIEN**

AUSGABE 24 | OKTOBER 2007

www.kas.de

Politiker öffentlich auf, den Bericht als Leitfaden für die nächsten Monate zu sehen, denn im Parlament mangle es an einem politischen Dialog zwischen Regierung und Opposition. Der Begriff „politischer Dialog“ entwickelte sich in Skopje schon fast zu einem Schimpfwort. Man sieht im Fernsehen tagtäglich Bilder von Politikern und Abgeordneten von Regierung und Opposition an runden oder langen Tischen, streiten, debattieren oder auch sich freundlich unterhalten, aber dennoch fehlt es der EU Delegation am Dialog. Der Betrachter mag geneigt sein, dass da immer noch eine gewisse Haltung aus der Zeit kurz nach der Parlamentswahl 2006 mitschwingt, wo schon einmal ein mangelnder politischer Dialog angemahnt wurde, was aber letztendlich Koalitionsverhandlungen waren, nach denen letztendlich die albanische DUI nicht an der Regierungsbildung beteiligt wurde. Diesmal allerdings kam der Bericht nicht umhin, den Monate andauernden Boykott des Parlaments durch die DUI zu erwähnen, wengleich Fouéré auf der Pressekonferenz nur von einer „major opposition party“² sprach. Der Bericht erwähnt allerdings zurecht auch das schlechte Verhältnis zwischen Regierung und Staatspräsident, ohne die Gründe klar zu nennen. So verhinderte der Staatspräsident über Monate die Ernennung neuer Botschafter und betrieb eine eigene Außenpolitik.

Reformhindernisse und Erfolge

Die EU kritisiert weiter auch die schleppenden Reformen im Bereich der Justiz und Polizei. Obwohl diese Reformen von der mazedonischen Regierung als Schlüsselreformen angesehen werden, hatte der Widerstand der Opposition immer wieder für einen Stillstand gesorgt, zuletzt verweigerte die Opposition über Monate hinweg die Zustimmung zur Besetzung des Justizrats. Im

² Die DUI alleine ohne Wahlbündnispartner PDP hat 13 Abgeordnete von insgesamt 120 im Parlament.

Streit um eine paritätische Besetzung konnte man sich nicht einigen. Im Bezug auf die Beitrittsverhandlungen sagte Fouéré: „*Ich habe keinen Zweifel, dass das Land die Fähigkeit zur Implementierung der Reformen hat, welche für den Beginn der nächsten Phase erforderlich sind, zum Beispiel das Inbetrachtziehen eines Verhandlungsdatums.*“.

Wirtschaftliche Erfolge

Der Bericht spricht von signifikanten wirtschaftlichen Erfolgen, sichtbaren Resultaten, aber auch von Schwächen. Insgesamt bescheinigt die EU Mazedonien einen wirtschaftlichen Erfolg aufgrund der Stabilität des makroökonomischen Systems, beschleunigten Wirtschaftswachstums und einem Fortschritt bei den strukturellen Reformen. Auch bei der Einkommensanhebung wurden Erfolge verzeichnet und beim Kampf gegen Schmuggel und der Zollkriminalität. Allerdings bemängelt die EU immer noch die schleppende Liberalisierung des Telekommunikationssektors, da es im Bereich des Festnetzsektors noch zu keiner Marktöffnung gekommen ist. Weitere Kritikpunkte waren die immer noch zu niedrigen ausländischen Investitionen und zu hohen Arbeitslosenzahlen.

Reaktionen der Regierung und Opposition

Die beiden Oppositionsparteien DUI und SDSM beschuldigten einstimmig den Premierminister für den ihrer Meinung nach negativen Fortschrittsbericht. „*Anstelle die Führungsposition weiter auszubauen, um ein Beitrittsverhandlungsdatum zu erhalten, stagniert Mazedonien*“ sagte Jani Makraduli von der SDSM. Rafiz Haliti von der DUI beschuldigte die Regierung, dass sie die Verantwortung auch deshalb trage, da sie alle Mechanismen kontrolliere. Die Regierungspartei NSDP ist allerdings gespalten und gab überraschend bekannt, dass sie die Verantwortung auf beiden Seiten sehe, nämlich gemeinsam bei Regierung und Opposition. Premierminister Gruevski, der am gleichen

NEWSLETTER**AUSLANDSBÜRO****MAZEDONIEN**

AUSGABE 24 | OKTOBER 2007

www.kas.de

Tag Vater geworden war, sagte, dass der EU Bericht zu Mazedonien ausgewogen und einen realistischen Blick auf die Entwicklungen des Landes gebe. *„Die Dinge, die einzig und alleine die Regierung zu verantworten habe, nämlich die wirtschaftliche Entwicklung und der Kampf gegen die Korruption, wurden relativ positiv bewertet im Bericht“.*

POLIZEIAKTION „BERGSTURM“

Sechs Menschen getötet und zwölf festgenommen lautet die Bilanz des gestrigen Polizeieinsatzes in drei Dörfern nordwestlich von Tetovo unweit der Grenze zum Kosovo. Die seit langem erwartete Polizeiaktion wurde notwendig, da sich seit August entflohenen Häftlinge aus dem Gefängnis Dubrava/Kosovo in der Region aufhielten und von ehemaligen UÇK/KLA – Angehörigen, Sympathisanten oder durch andere Kriminelle Zulauf erhielten. Die Dörfer Brodec und Veijce entlang des Šar Planina Gebirges wurden zu „no-go areas“³. In einer Pressekonferenz am Abend des 7. November sagte die Innenministerin Gordana Jankulovska, dass weder Polizisten, noch Zivilisten getötet oder verletzt wurden. *„Sechs Personen der Gruppe von Lirim Jakupi-Nazi sind erschossen worden. Die Identität der Getöteten müsse noch festgestellt werden“.* Stunden später fand die Polizei zwei weitere Leichen, die sich wohl ihrer Gefangennahme durch Selbstmord entzogen, angeblich auch Ramadan Siti, der ebenfalls aus dem Kosovo entflohen war. Drei der Getöteten waren als Frauen verkleidet mit Kopftüchern und Schals, als sie aufgefunden wurde. In den Morgenstunden des 7. November entwickelte sich gleich nach Ankunft der Polizei ein Feuergefecht, das über Stunden andauerte. Die Polizei bestätigte, dass einige der Kriminellen entkommen konnten, da das Gelände

³ Der Verfasser selbst wurde Mitte September am Befahren einer Straße entlang der Dörfer von Unbekannten gehindert und mit Verweis auf am Wegesrand sichtbar abstellte Kalaschnikows zur Umkehr gezwungen.

sehr schwer zugänglich sei. In den Häusern, in den die Täter Unterschlupf fanden, wurden große Mengen an Munition und Waffen gefunden, das auf eine Unterstützung auch durch Quellen in Mazedonien schließen lässt. Alle relevanten internationalen Stellen in Mazedonien wurden vorher informiert, auch die KFOR war beteiligt und riegelte ihrerseits die Grenze auf der Kosovoseite ab und verstärkte die Überwachungstätigkeit wie KFOR Sprecherin Valerie-Claire Bermond im mazedonischen Fernsehen berichtete. Die Meldung, dass ein mazedonischer Hubschrauber abgeschossen wurde, stellte sich als falsch heraus. Die Innenministerin lobte ihre Einsatzkräfte und bescheinigte ihnen hohe Professionalität, da es sich auch um einen „gemischten Einsatz“ mit verschiedenen Ethnien in der Polizei, also auch mit albanischen Polizisten, handelte.

Reaktionen von DPA und DUI

Der albanische Koalitionspartner DPA unterstützte die Polizeiaktion und nannte sie notwendig, um die staatliche Hoheit über die Gebiete wieder herzustellen. Ihr Sprecher rechtfertigte den Einsatz, der mit KFOR und Kosovopolizei abgesprochen wurde, als erforderlich, da kriminelle Gruppen sich vom Kosovo nach Mazedonien abgesetzt hatten. Die DUI, die gestern eine Pressekonferenz in ihrer Parteizentrale einberief, wettete lautstark gegen die ihrer Meinung nach ungerechtfertigt harte Mission. *„Die DUI zeigt sich besorgt über das Eingreifen von Polizeispezialkräften. Wir verwehren uns gegen das Eindringen in Häuser ehemaliger UÇK Angehöriger.“* sagte Hasbi Lika. Die DPA, die schon seit Langem der DUI eine zumindest stillschweigende Unterstützung der kriminellen Gruppe in den Dörfern unterstellte, rief die DUI auf, die Situation nicht zu einem Politikum zu machen, was letztendlich noch die bevorstehende Lösung der Kosovofrage gefährden könnte.

Gab es Unterstützer?

Es schien schon seit einigen Monaten klar, dass diese Gruppe sich nicht ohne Unter-

NEWSLETTER**AUSLANDSBÜRO****MAZEDONIEN**

AUSGABE 24 | OKTOBER 2007

www.kas.de

**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Mazedonien
Ul. Maksim Gorki 16/3
MK-1000 Skopje
Mazedonien
Telefon
+389 2 3231 122
Telefax
+389 2 3135 290
kas@kas.com.mk

Zusammenstellung und Verantwortlich: Ulrich Kleppmann

stützung in den Bergen um die Dörfer aufhalten kann. Auch wenn sie nur auf die Hilfe der Dorfbewohner zählen hätte können, die im Konfliktgebiet des Jahres 2001 liegen und teilweise sicherlich Sympathien für „Freiheitskämpfer“ empfinden, so wurden immer wieder Angehörige der Gruppe beobachtet, wie sie sich unbehelligt bewegten und Autos mit eindeutig zuordenbaren Kennzeichen benutzten, wie Ortskundigen behaupten. Die gefundene Munition scheint wohl kaum über die über 2000 Meter hohe Bergkette transportiert worden zu sein, eher gilt, dass die Kriminellen aus alten Verstecken versorgt worden sind, die immer noch existieren. Die Untersuchungen in den nächsten Tagen wird wohl noch mehr bringen. Als sicher gilt jedoch, dass es Unterstützer gab, die die auf rund 35 Mann starke Gruppe materiell und finanziell über Monate hinweg unterstützt hat.

KEINE LÖSUNG IM NAMENSSTREIT

Ein weiterer Vermittlungsversuch von Unterhändler Nimitz führte nicht zum gewünschten Ergebnis bei der Lösung der Namensfrage zwischen Mazedonien und Griechenland. Der US Diplomat schlug vor, dass Mazedonien sich selbst Republik Mazedonien nennt, wie in der Verfassung, aber international auf diese Bezeichnung verzichten soll (wie von den Griechen gefordert). Dies wurde von der mazedonischen Regierung und auch der Opposition einhellig abgelehnt. Wie die Medien berichteten, gab es keine direkte Reaktion aus Athen zum Vorschlag. Die Grünenabgeordnete im Europaparlament Angelika Beer sagte: *„Ich bin besorgt, für mich ist es sehr klar, wir müssen Mazedonien akzeptieren wie es ist und das ist die Republik Mazedonien. Darüber hinaus ist das Land keine Bedrohung. Diese Diskussion ist ziemlich unintelligent, ich glaube, dass die UN eine neue Lösung finden und Mazedonien erlauben muss, den Namen zu tragen, den es will. Mazedonien muss nur ein Zugeständnis machen, um die Situation abzukühlen für Verhandlungen. Es könnte seinen Flughafen Alexander der*

Große wieder umbenennen, da es eine Provokation für die Griechen darstellt. Dann kann sich Griechenland nicht mehr beschweren, dass es eine Aggression gebe oder zu fürchten habe.“